Die Staats-Zeitung.

Joh. Georg Wepper,
Herausgeber und Eigenthümer.

Harrisburg, Pa.

Donnerstag, Februar 7, 1867.

Demokratische Staats-Convention.

Die demokratische Staats-Committee nahm in ihrer Versammlung vom 29. Januar zu Harrisburg folgende Beschlüsse an:

Erstens: daß die regelmäßige Parteiversammlung zum Zweck der Nomination eines Candidaten für die Supreme Court am zweiten Dienstag des Monates Juni, als am

11. Juni 1867,

um 12 Uhr Mittags in Harrisburg zusammentreten soll, bestehend aus der gewöhnlichen Anzahl von Delegaten.

Zweitens. — Außerdem wird der Demokratie von Pennsylvanien anempfohlen, fofort in der gewöhnlichen Weise zwei Delegaten von anerkannt hervorragender Stellung in der Partei für jeden Repräsentanten und Senator in ihrem beziehungsweisen Distrikt zu erwählen, welche Delegaten in einer Massen-Convention in Harrisburg an einem von dem Vorsitzer der Staats-Central-Committee zu bestimmenden Tage zusammentreten sollen.

Auf Befehl der demokratischen Staats-Committee.

Wm. A. Wallace,
Vorsitzer.

B. L. Forster, Sekretär.

Neue Agenten.

Es macht uns besonderes Vergnügen, folgende Personen als Agenten für die „Pennsylvanische Staats-Zeitung" zu ernennen:

Hr. Friedrich Schmidt, No. 92 Smithfield Straße, Pittsburg.

Hr. John P. Heisel, Carson Straße, Birmingham.

Hr. Xaver Bender, Tamaqua, Schuylkill County, Pa.

Hr. William Daubart, New-Waterford, Ohio.

Obige Herren sind bevollmächtigt Abonnenten für unser Blatt zu sammeln sowie auch Gelder für dasselbe einzunehmen.

Dankabstattung.—Hrn. C. Steiger von New York erstatten wir unsern wärmsten Dank für die Uebersendung Kölner Zeitungen vom 4ten Januar.—Hr. S. ist Agent für dieselben, und können durch ihn bezogen werden.

Radikale Rechnungen.

Im Jahresbericht des Auditor-Generals finden wir folgende Rechnungs-Angaben:

Col. McClure (von Chambersburg) für Whiskey, welchen die Rebellen zerstörten.	$8,000
Gouv. Curtin für außerordentliche Ausgaben während dem Kriege. . . .	5,000
Staats-Schatzmeister Kemble und Gouv. Curtin für Kosten um nach Washington zu reisen.	1,767
Harry White, für 4ten Juli Auslagen.	5,000
Wm. B. Mann, um die Bücher der Versicherungs-Agenten zu untersuchen.	8,362
Geo. Bergner, für verschiedene Artikel.	2,456
Total	$30,585

Aus Obigem läßt sich ersehen, wo das Geld hinkommt, welches das Volk jährlich an Taxen bezahlt.

$8,000 — sage acht tausend Dollars —für Schnapps!? Die Bürger von Chambersburg die das Unglück hatten, all' ihr „Hab und Gut" bei dem Brande jener Stadt zu verlieren, und denen man ihren Verlust seitdem so spärlich vergütete, werden wohl staunen über die "Whiskyhill" des Col. McClure. Wir selbst wundern uns zwar nicht über diese Rechnung, groß wie sie auch ist, denn wir wissen, daß die Radikalen im Rechnen unübertrefflich sind; was uns wundert ist, wie in aller Welt Col. McClure nur so viel Schnapps in seinem Hause haben, und dennoch die Temperenzsache in seinem Blatte (dem "Repository") vertheidigen kann! Entweder muß er fast den ganzen Tag viehisch besoffen sein, so daß er nicht weiß, was er für sein Blatt schreibt, oder er treibt Hokus Pokus mit dem „Stoff". Mag es sein wie es will; etwas ist „letz", und wir würden den Herren Gesetzgebern anrathen, eine Committee anzustellen um diese „Whisky-Bill" zu untersuchen. Wir schlagen Col. Stambaugh als Vorsitzer der Committee vor.

Was die „außerordentlichen" Ausgaben von $5,000 waren, davon schweigt Gouv. Curtin—vielleicht war's auch für sein Lieblingsgetränk — Schnapps.

Ferner: $1,767 für Reisekosten nach Washington? Nun, wir wollen sehen. Die Fahrt von Harrisburg nach Washington und wieder zurück, kostet ungefähr $10.00. Angenommen er wäre jede Woche einmal nach Washington gereist, so hätte es ihn blos $520.00 gekostet. Wie er aber $1,767 herausziffern kann, ist uns unerklärlich. Freilich haben wir nie die Radikale Rechenkunst gelernt, und da hängt eben der Haken.

Wm. B. Mann ist Distrikt-Anwalt von Philadelphia, wofür er letztes Jahr $25,000 bezog; und nebst dieser Summe noch $8,362 aus der Staatskasse zu „machen"?

Weiter: Geo. Bergner für Verschiedenes, $2,456! Es ist ein Wunder, daß diese Summe nicht $24,560 ist; denn im Rechnen übertrifft Bergner alle seine radikalen „schwarze und weiße Brüder". Ueberhaupt kann sich das Volk von Pennsylvanien glücklich schätzen über die Art und Weise wie es von seinen radikalen Herrschern „über den Löffel barbirt" wird.

Verhandlungen der Gesetzgebung von Pennsylvanien.

Harrisburg, 29. Januar 1867.

Senat.

Der Gehalt des Staatssekretärs wurde auf $3500 festgesetzt. Eine Resolution wurde angenommen, welche das General-Judiciar Comite beauftragt, sich darüber zu informiren, welche Besugnisse dem Staat hinsichtlich Controllirung der Gesetzgebung und direkter Gesetzerlasse zustehen, so daß er die Eisenbahn-Tarife für Personen- und Güterbeförderung reguliren, Bürger in ihren Rechten beschützen, Aussagen auf eidliche Bekräftigung fordern und dem Senate in Form einer Bill oder anderswie berichten könne. Die Akte, welche den Gouverneur, Staatsschatzmeister und General-Auditor ermächtigt, eine Anleihe von 23 Millionen Dollars zu nicht über 6 Prozent abzuschließen, um die überfälligen Bonds einzulösen, wurde nach längerer Debatte passirt. Von der Anleihe sollen 5 Millionen Dollars in 5 bis 10 Jahren, 8 Millionen in 10 bis 15 Jahren und 10 Millionen in 15 bis 20 Jahren eingelöst werden.

Haus.

Während der Morgensitzung und eines Theils der Nachmittagssitzung wurde eine Reihe von Privatbills erwogen. Eine Bill wurde einstimmig passirt, welche das Bestreuen der Seitenwege oder Straßen in Philadelphia und Pittsburg mit Salz, um den Schnee schmelzen zu machen, für ein Vergehen erklärt, das eventuell mit einer Geldbuße oder Gefängnißstrafe zu belegen ist. Das Maximal Strafmaß ist auf $100 oder 5 Monat Gefängniß oder beides zusammen festgesetzt. Passagier-Eisenbahnen, welche den Bestimmungen zuwider handeln, sollen $500 bezahlen, die Hälfte für den Angeber und die andere für den Schulfond. Vertagt.

Hr. A. D. Markly offerirte folgenden Beschluß:

„Beschlossen, daß das Repräsentantenhaus der Gesetzgebung von Pennsylvania nicht umhin kann, mit Dank anzuerkennen, daß Andrew Johnson, der Präsident der Ver. Staaten, bemüht ist, sich jedem Versuche, die Volksfreiheit und die Landesverfassung umzustoßen — ob der Versuch nun von den Radikalen des Nordens oder von den Secessionisten des Südens gemacht werde, —energisch entgegenzustellen; — und daß ferner seine entschlossene und weise Ausübung der Veto-Gewalt und sein treues Festhalten an den Grundsätzen einer freien Regierung ihm Anspruch auf den Namen eines Staatsmannes und Patrioten verleihen."

Die Republikaner widersetzten sich dem Beschlusse und wurde derselbe mit 51 (radikalen Stimmen) gegen 33 (demokratische) auf unbestimmte Zeit verschoben.

Hr. Sharpleß verlas eine Akte, welche das Oeffnen der Wahlplätzen um 8 Uhr Morgens anordnet. — Philadelphia und Pittsburg sind nicht hierin mithegriffen.

Senat.

Die Soldatendenkmal-Gesellschaft von Dauphin County wurde incorporirt.

Ein Gesetz bezüglich der Contrahirung einer Anleihe von $23,000,000 zur Einlösung früherer fälliger Anleihen passirte.

Unter den eingebrachten Gesetzen befindet sich kein wichtiges.

Die Gemeinsamen Beschlüsse gegen die Ernennung von Cowan zum österreichischen Gesandten passirten durch ein Parteivotum.

Haus.

Ein Gesetz wurde passirt, das eine Spezialwahl im Borough Highspire ausberaumt, und ein weiteres Gesetz, das die Schuldirektoren vom Swatara Schuldistrikt autorisirt, eine weitere Bausteuer zu erheben.

Januar 30.

Senat.

Mr. Coleman brachte eine Bill ein, welche die Harrisburg Brücken-Gesellschaft zur Aufnahme von Geld für den Wiederaufbau ihrer Brücke ermächtigt.

Mr. White, eine Bill, die den Zinsfuß von 6 auf 7 Prozent erhöht.

Mr. Ridgway, eine Bill, wrlche eine Spezialabstimmung in Philadelphia über den Punkten verfügt, ob die Straßeneisenbahnen des Sonntags fahren sollen oder nicht.

Haus.

Mr. Seiler brachte eine Bill ein, welche den Wahlort in der fünften Ward in Harrisburg ändert.

Mr. Whann, eine Bill, welche verlangt, daß bei der nächsten Staatswahl darüber abgestimmt werden solle, ob die Stimmgeber für oder gegen die Ertheilung von Liquor-Licenzen sind. (So, so; die Temperenzwürmer strecken schon wieder die Fühlhörner heraus! Aufgepaßt, ihr Deutsche!)

Januar 31.

Senat.

Mr. White's Gemeinsame Beschlüsse passirten, welche den Congreß ersuchen, ein Gesetz zu erlassen, welches Soldaten, die ihren ehrenvollen Abschied verloren haben, in den Stand setzt, ihre betreffende Bounty zu erhalten.

Unter den eingebrachten Bills brachte Mr. Graham eine ein, welche Personen jeder Farbe die Benutzung von Eisenbahnwaggons einräumt. (Eine ähnliche Bill ward am selben Tage im Hause von Mr. Freeburn eingebracht.)

Mr. M'Candleß (Demokrat) brachte ein Gesetz ein, welches über jeden schwarzrepublikanischen Gastwirth eine Strafe erhängt, der sich weigert, Jemanden wegen seiner Farbe zu beherbergen. Vertagt.

Die neue Staats-Regierung.

Folgende sind die Beamten unter der neuen Staats-Administration von Pennsylvanien:

Gouverneur—John W. Geary, von Cumberland County.

Privat-Sekretär—John Nobley Dunglison, von Philadelphia.

Staats-Sekretär—Francis Jordan, von Bedford County.

General Staatsanwalt—Benjamin H. Brewster, von Philadelphia.

General-Adjutant—David B. M'Creary, von Erie County.

General-Auditor—John F. Hartranft, von Montgomery County.

General-Landmesser — James M. Campbell, von Cambria County.

Staats-Schatzmeister—William H. Kemble, von Philadelphia.

Sprecher des Senats—L. W. Hall, von Blair County.

Sprecher des Hauses—John P. Glaß, von Allegheny County.

Verhandlungen des Rumpf-Congresses, Nro. 2.

Washington, 28. Jan. '67.

Senat.

Wade legte die Petition von Bürgern in Ohio vor, in welcher gebeten wird, den Sitz der Bundesregierung an einen Ort zu verlegen, der den wichtigeren und dichtbevölkerten Theilen des Landes näher liegt als die Stadt Washington.

Wurde an das Comite für den Distrikt Columbia verwiesen.

Um zehn Uhr kam die Tarifbill zur Verhandlung.

Fessenden beantragte ein Amendement, durch welches der Zoll auf gußeiserne Röhren von 1½ Cents auf ¾ Cents herabgesetzt wird. Wurde angenommen.

Fessenden beantragte die Einschiebung der Worte: „Bay-Rum oder Bay-Wasser, welches 50 pr Ct. oder weniger Alcohol enthält, $1.50 per Gallone". Wurde angenommen.

Es wurden noch mehrere Amendement in Vorschlag gebracht und angenommen.

Wilson beantragte, den Zoll auf Korke von vierzig auf 50 Cents ad valorem zu erhöhen. Wurde verworfen.

Wilson beantragte, den Zoll auf Carmin von 35 auf 45 Cents zu erhöhen. Wurde verworfen.

Chandler stellte den Antrag, den Zoll auf Eisenabfälle, Gußeisen und Schmiedeeisen von $3 per Tonne auf $8 für Gußeisen und auf $12 für Schmiedeeisen zu erhöhen.

Er modifizirte bald darauf sein Amendement dahin, daß er für Gußeisen $3 und für Schmiedeeisen und Abfälle $8 beantragte. Wurde mit 20 gegen 16 verworfen.

Cattel beantragte, den Zoll auf Nickel von 30 auf 45 Cents per Pfund zu erhöhen.

Während der Erwägung dieses Antrages vertagte sich der Senat.

Haus.

Von Ancona wurde eine Bill eingebracht, durch welche das Salär des amerikanischen Consuls in Hamburg festgestellt wird. Wurde an das Comite für auswärtige Angelegenheiten verwiesen.

Trimble brachte eine Bill ein, durch welche die Steuer auf Baumwolle und Zucker aufgehoben wird. Ging an das Finanz-Comite.

Kelso's Resolution, nach welcher der Präsident „impeached" werden soll, kam hierauf zur Verhandlung. Loan stellte den Antrag, die Resolution einem speciellen Ausschusse zu übergeben. Es erhob sich eine stürmische Discussion, die noch nicht zu Ende war als die Morgenstunde abgelaufen war; die weiteren Verhandlungen über den Gegenstand wurden bis Montag verschoben.

Poland erklärte, daß wenn das Amendement zur Verhandlung komme, nach welcher ein Präsident blos einen Termin „dienen" könne, d. h. nicht für zwei aufeinanderfolgende Termine wählbar sei, er (Poland) den Antrag stellen werde, die Dauer eines Administration-Termins auf sechs Jahre festzustellen. Er sei dafür, daß ein Präsident blos auf einen Termin im Amte sei, doch wäre es nach seiner Ansicht zweckmäßig, die Dauer eines Termin von 4 auf 6 Jahre festzustellen.

Auf Antrag von Morill wurde das Finanz-Comite angewiesen, eine Visitation im Schatzdepartement vorzunehmen.

Morill lenkte die Aufmerksamkeit auf die im Umlauf befindlichen Gerüchte von Betrügereien im Schatzdepartement und berichtete über eine Bill, welche angenommen wurde und eine jährliche Visitation im Schatzdepartement verfügt.

Die Stevens'sche „Reconstruktionsbill" wurde aufgenommen, und

Julian ergriff das Wort gegen dieselbe, weil in der Bill die Theorie, die südlichen Staaten zu Territorien zu machen, in günstigem Lichte betrachtet werde und weil durch dieselbe die südlichen Staaten auf unbestimmte Zeit hinaus ihres Rechtes der Vertretung im Congreß beraubt würden.

Stevens modifizirte seine Bill in verschiedenen Punkten; er strich in's Besondere die 6. Sektion, welche verfügt, daß irgend ein Staat, der die Bestimmungen der Bill ganz oder theilweise aufhebt, sein Recht auf Repräsentation im Congreß verlieren soll.

Stevens richtete an Bingham das Ersuchen, er möge seinen Antrag auf Verweisung der Bill an das betr. Comite zurückziehen, indem er erklärte, daß es wichtig sei, die Bill im Hause zuerst anzunehmen und damit er seinen Antrag (auf Abstimmung über dieselbe) aufs neue einbringen könne.

Bingham drückte den Wunsch aus, das Haus möchte die Frage selbst entscheiden: er weigerte sich, seinen Antrag zurückzuziehen.

Stevens sagte, daß die Verweisung der Bill an das Comite mit einer Verwerfung derselben gleichbedeutend sei.

Bingham erklärte daß er die Berechtigung des Herrn Stevens, sich auf diese Weise auszusprechen, nicht anerkennen könne.

Stevens erwiederte, daß er Herrn Bingham ja gar nicht ersucht habe, „die Berechtigung anzuerkennen." Es sei gar nicht seine Absicht, um den Rath des Herrn Bingham zu bitten oder dessen Anerkennung, in Anspruch zu nehmen; auch glaube er kein Wort dessen, was Bingham sagen möge.

Der Sprecher: „Die Bemerkungen des Herrn aus Pennsylvanien laufen den Ordungsregeln zuwieder.

Nach längerer Discussion schritt das Haus zu einer Abstimmung über den Antrag, nach welchem die Bill an das Reconstructions-Comite verwiesen werden sollte. Die Verweisung an das Comite erfolgte mit 88 gegen 65 Stimmen.

Die Demokraten stimmten alle für die Verweisung der Bill an das Comite. Um 10 Minuten nach fünf Uhr vertagte sich das Haus.

(In obiger Abstimmung erhielt Stevens nicht allein einen Nasesüber vom Haus, sondern auch vom Sprecher. Er wird wohl sein „Horn" einziehen müssen.)

Washington, Jan. 29. 1867.

Senat.

Die Tarifbill wurde aufgenommen. Es handelte sich um Sumner's Amendement zur Herabsetzung des Zolls auf bituminöse Kohlen, die 30 Grade östlich von Washington gegraben werden, auf 50 Cents per Tonne. Amendement wurde mit 25 gegen 11 verworfen.

Chandler beantragte, den Zoll auf Scrap-Eisen von $3 auf $4 per Tonne, auf Gußeisen auf $8 per Tonne, zu erhöhen. Angenommen.

Harris beantragte, den Zoll auf alle braune und gebleichte Leinwand, die auf 30 Cents per Yard geschätzt ist, auf 4 Cents per Yard und 25 Procent des Werthes, und auf die im Werth von mehr als 30 Cents per Yard auf 6 Cents und 40 Procent des Werths zu erhöhen.

Howe beantragte, nach den Worten „Hohle Waaren" die Worte beizufügen „alle Arten geschmiedeter Eisen-Waaren, auch glasirte, verzinnte oder emaillirte Guß-Eisen-Hohl-Waaren 4½ Cents per Pfund". Angenommen.

Howe beantragte, den Zoll auf Weizen von 20 auf 40 Cents per Bushel zu erhöhen. Angenommen.

Howe beantragte, den Zoll auf Mehl, Maismehl, Mildlung ꝛc. von 15 auf 30 Prozent des Werthes zu erhöhen. Angenommen.

Edmunds beantragte 10 Cents Zoll auf den Bushel Hafer zu legen. Angenommen.

Unter den zur Tarifbill beantragten Amendements befand sich ein von Hrn. Fowler vorgebrachtes, den Zoll auf Kaffe von 5 auf 3 Cents pr. Pfund zu reduciren.

Für Annahme dieses Amendements stimmten die Senatoren: Buckalew, Chandler, Conneß, Cragin, Davis, Doolittle, Fowler Grimes Henderson, Pond, Johnson, Kirkwood, Lane, Patterson, Ramsay, Stewart und Yates—17—dagegen: Cattell, Cowan, Edmunds, Fessenden, Hogg, Foster, Frelinghuysen, Howard, Morgan, Merrill, Poland, Sprague, Van Winkle, Wade, Willey, Williams und Wilson—17.

Das Amendement war mithin verworfen.

Herr Henderson beantragte, den Zoll auf Thee von 25 auf 15 Cents per Pfund herabzusetzen. Verworfen. Ebenso erging es einem halb Dutzend anderer Amendements.

Nach Annahme mehrerer Amendements wurde die Tarifbill zur dritten Lesung gefördert und dann angenommen.

Mit Ja stimmten:

Cattel, Chandler, Conneß, Cregin, Edmunds, Fessenden, Hogg, Hosler, Frelinghuysen, Harris, Howard, Howe, Johnson, Morgan, McDougal, Merrill, Poland, Ramsey, Sherman, Sprague, Stewart, Van Winkle, Wade, Willey, Williams, Wilson, Yates. 27.

Mit Nein stimmten:

Davis, Doolittle, Fowler, Grimes, Henderson, Hendricks, Lew, Kirkwood, Patterson, Trumbull.

Es waren abwesend oder enthielten sich des Stimmens: Anthony, Brown, Buckalew, Cowan, Creswell, Tiron, Guthrie, Nesmith, Norton, Nye, Pomeroy, Riddley, Roß, Saulsburo, Sumner, 15.

Haus.

Das Haus hielt Plenar-Committee-Sitzung über den Zustand der Union. Die Erwägung der Senatbill für die Consuln und Diplomaten wurde wieder aufgenommen.

Es handelte sich um Williams Amendement wegen Streichung des Wortes „Rom" von der Gesandtschaftsposten-Liste mit der Bestimmung, daß kein Geld zur Unterhaltung der amerikanischen Gesandtschaft in Rom in Zukunft mehr bewilligt werden soll.

Dodge sprach zur Unterstützung des Amendements.

Banks bemerkte, daß die Nachrichten in dem vorgelesenen Brief sich auf englische und nicht amerikanische Angelegenheiten beziehen. Der Staatssekretär habe dem Haus notificirt, daß er von dem amerikanischen Gesandten in Rom über die Sache noch gar keine Nachricht erhalten habe.

Stevens bemerkte, die römische Regierung habe hier keinen Repräsentanten, folglich sollte die amerikanische Regierung auch dort keinen haben.

Banks sagte, wenn Rom einen Gesandten hierher schickt, dann wird es den Vorrang vor allen andern haben wollen, was dem Volke nicht recht sein durfte.

Kasson erwiederte, das sei lediglich eine Frage der Etiquette, die nur in katholischen Ländern gelte.

Banks bestand darauf, daß das Regel sei, wo immer die päpstliche Regierung ihre Nuncien hinschickte, deshalb gebe es auch keine römischen Gesandten in den bedeutendsten protestantischen Ländern. Das Haus sollte wenigstens den entscheidenden Schritt der Streichung der Appropriation für die amerikanische Gesandtschaft in Rom nicht thun, ohne vorherige officielle Kenntniß über die Sache erhalten zu haben.

Stevens bemerkte, Pfarrer Dr. Adams habe berichtet, daß aller presbyterianische Gottesdienst innerhalb der Mauern von Rom verboten worden sei

Banks sagte, Dr. Adams habe nur seine Hypothesen mitgetheilt. Die römische Regierung sei sehr bereitwillig gewesen, den Surratt, einer der Mörder des Präsident Lincoln, ohne irgend eine Bedingung auszuliefern, obgleich kein Auslieferungsvertrag sie dazu verpflichtet. Wahrscheinlich hätte das keine andere Regierung gethan; hatte doch die italienische Regierung erklärt, sie wolle ihn nur dann ausliefern, wenn er nicht der Todesstrafe unterworfen werde.

Fink, Bidwell und Hill opponirten dem Amendement.

Chandler betrachtet die Sache als eine Agitation religiösen Charakters, weshalb er sie verdamme; indessen sei er dafür, alle Gesandtschaftsposten abzuschaffen und Consulate dafür zu errichten.

Morrill bemerkte, der Papst sei der einzige Potentat gewesen, der die südliche Conföderation förmlich anerkannt habe.

Banks sagte, das sei ein Irrthum.

Stevens fragte, welcher anderweitige Souverain es gethan habe?

Banks sagte, er meinte nicht, daß ein anderer Souverain es gethan, sondern, daß der Papst es nicht gethan habe.

Stevens.—Hat nicht der Papst an den Präsidenten der Conföderation geschrieben?

Banks erwiderte, Jeff. Davis habe an den Papst geschrieben, und als der Papst dessen Brief beantwortete, habe er ihm den Titel gegeben, den sich Jeff. Davis selbst beigelegt hatte. Sonst hat die römische Regierung keinen Act der Anerkennung der conföderirten Regierung begangen.

Grinnell fragte, hat nicht der Papst seine Sympathie der Rebellenregierung zu erkennen gegeben? Banks glaubt das nicht. Jedenfalls wird die Correspondenz zeigen, daß der Papst den Wunsch nach Frieden an den Tag gelegt hat.

Das Amendement wurde dahin modificirt, daß Rom von der Gesandschaftsliste gestrichen und kein Geld für jenen Posten nach Ablauf des gegenwärtigen Verwaltungsjahrs mehr bewilligt werden soll. Angenommen mit 51 gegen 48. Nachher bestimmte man, daß in Rom ein Consul aufzustellen sei.

Telegraphisches.

Die „Impeachment" Angelegenheit.

Washington, 28. Januar. Vor dem Justiz-Comite ist ein erster Zeuge gegen den Präsidenten vernommen worden; derselbe ist A. M. Waldbridge, Berichterstatter des St. Louis Democrat, der seine Aussage wegen der im letzten Spätjahr vom Präsidenten in St. Louis gehaltenen Rede abgab.

(In jener Rede soll Herr Johnson gesagt haben, er werde die Radikalen aus ihren Aemtern herauswerfen (Kick out.) Aus dem Umstande, daß die Radikalen aus einer solchen Aeußerung einen Anklagepunkt zu schnitzeln gedenken, läßt sich voraussehen, von welcher Art die Impeachment-Bill von Boutwell und Cons. sein wird.)

Aus zuverlässiger (republikanischer) Quelle wird versichert, daß die Impeachment-Angelegenheit nichts weiter ist, als eine Farce; auf anderer Seite wird aber von den Demokraten eben so bestimmt behauptet, daß das „Impeachment" sofort in Ausführung gebracht werden wird.

Es heißt, das Justizcommittee will den General Grant vorladen, um von ihm zu erfahren, inwieweit er dem Präsidenten getreu zu bleiben gedenkt. Sollte er sich so stark zur Politik des Präsidenten hinneigen, daß keine Hoffnung bleibt ihn abtrünnig zu machen, dann soll dem Vernehmen nach das Impeachment-Projekt aufgegeben werden, andernfalls würde man es verfolgen. Das Committee hat noch anderweitige Absichten, wenn es den Gen. Grant vor dasselbe fordert, Absichten, die seiner Zeit an den Tag treten werden.

Washington, 1. Febr. Das „Impeachment Comite" wird ganz sicher auch den Reverend Hoatley, den Verfasser der Geschichte des geheimen Polizeidienstes unter dem gewesenen Telegraphenamtes Vater, als Zeuge vernehmen. Hoatley ist aufgefordert worden, alle Bücher, Papiere und Briefe, die ihm von Baker übergeben wurden, vorzulegen.

Butler und das „Impeachment."

Washington, 30. Jan. In den von Butler entworfenen „Impeachment-Artikeln" soll nicht blos die Prozessirung des Präsidenten, sondern auch jene einer Anzahl Generäle, worunter besonders General Grant genannt wird, vorgesehen sein.

Der New-Orleans Riot.

Washington, 30. Jan. Das Vernehmen von Zeugen wegen des „New-Orleans-Riots" durch das Justiz-Comite hat sein Ende erreicht. Die letzten Personen, die vernommen wurden, waren General Canby und Col. Moore (letzterer der Sekretär des Präsidenten Johnson.)

Washington, 29. Jan. Die heute von dem Präsidenten dem Senate überschickten Dokumente und Papiere in Betreff der letzten Juni in New Orleans stattgehabten Tumultscenen bestehen u. A. aus 400 Seiten, welche mit Aussagen, die vor der Militärcommission gemacht wurden, und mit dem Gutachten der Mitglieder der Commission angefüllt sind. Letztere tadeln das Benehmen des Mayors Monroe und bezeichnen Diejenigen, welche den Frieden aufrecht erhalten sollten, als die Anstifter des Riots — kurz, der Bericht ist in radikalem Sinne abgefaßt.

Zur Besteuerungsfrage.

Washington, 1. Febr. Das Finanz-Comite des Hauses hat verschiedenen Vorstellungen zu Gunsten einer Reduktion der Steuer auf Alkohol Gehör gegeben. Es hat sich schließlich dahin geeinigt, Leder, Butter und Käse auf die Liste der steuerfreien Artikel zu setzen. Das Sub-Comite, welches mit der Berathung der Whiskey-Steuer beschäftigt ist, wird höchst wahrscheinlich noch vor Samstag seinen Bericht erstatten.

Washington, 30. Januar. Das Haus hatin seiner Sitzung als Plenar-Comite die Geldverwilligung für den Gesandtschaftsposten in Rom gestrichen und aus demselben ein Consulat gemacht. (Eine Dankesabstattung für die Vertreibung amerikanischer Protestanten aus Rom.)

Washington, 30. Januar. Der Senat hat mit einem Votum von 25 gegen 11 den Einfuhrzoll auf bituminöse Kohlen auf $1 50 per Tonne festgesetzt.

Washington, 30. Jan. Das Finanz-Comite des Hauses hat beschlossen, Leder auf die Liste der steuerfreien Artikel zu setzen.

—Washington, 30. Jan. Die Randall'sche Bill, welche das Bankwesen, den Papier-Courant und den zu gründenden Tilgungsfond betrifft, hat wenig Aussicht auf Annahme; die Opposition gegen dieselbe ist größer als man erwartete.

— Die Tarifbill wird wahrscheinlich angenommen werden, doch ist es zweifelhaft, ob eine so einseitige Maßregel vom Präsidenten gutgeheißen oder trotz seines Veto's zum Gesetz erhoben wird.

— Es ist entschieden, daß Pelzkappen einen Importzoll von 35 Prozent ad valorem, anstatt wie früher angesetzt 24 Cents per Pfund, zahlen sollen.

Washington, 1. Februar. Die vom Senat angenommen Tarifbill wird wahrscheinlich dem Conferenz-Comite übergeben werden und dieses soll eine in ihren Hauptzügen neue Bill entwerfen. So wenigstens glaubt man in gut unterrichteten Kreisen

Washington, 29. Jan. Das Finanz-Comite des Senats war heute in Sitzung und verwarf nach einer kurzen Debatte die sogenannte Goldbill. Die Angaben des Hrn. Van Dyck schienen die Mitglieder des genannten Comites befriedigt zu haben und der Finanz-Minister McCulloch wird jetzt an seiner Politik festhalten dürfen.

Zusammenkunft von Generälen.

Washington, 3. Feb. General Grant hat alle Generalmajore, mit Ausnahme des in Californien commandirenden Gen. Halleck, und viele Brigadegenerale nach Washington beschieden, um sich mit ihnen über Armee-Angelegenheiten im Allgemeinen und über Beibehalten der Garnisonen im Süden zu berathen. Morgen wird Sheridan erwartet. Sherman wird einige Tage später eintreffen.

Von Washington.

Die Untersuchung gegen J. Surratt.

Die Grand Jury hat heute Vormittag sich mit den Anklageartikeln gegen Surratt beschäftigt. Dieselben sind von der allgemeinen Anklage-Urkunde begleitet, in welcher John Wilkes Booth des Mords von Abraham Lincoln und J. H. Surratt, D. E. Harold, L. Payne und Geo. Atzerot der Mithülfe und Theilnahme an demselben angeklagt werden.

Die Anklage gegen Surratt lautet auf Mord.

Ein neues Post-Arrangement.

Washington, 29. Januar. Mit der Hamburger- und Bremer-Post ist ein neues Arrangement getroffen, demzufolge das Brief-Porto herabgesetzt wurde. Dasselbe beträgt jetzt für einen einfachen Brief; mit der Bremer Post nach Bremen 10 Cents, nach Hamburg 15 Cents; mit der Hamburger Post nach Hamburg 10 Cents, nach Bremen 15 Cents; nach Oldenburg mit der Bremer Post 13 Cents, mit der Hamburger 15 Cents; nach Lauenburg mit der Bremer Post 15 Cents, mit der Hamburg 18 Cents.

Nach Oestreich, Preußen, Baiern, Sachsen, Württemberg, Baden, Luxemburg, Braunschweig, beide Meklenburg und Lübeck beträgt das Porto mit der Hamburger oder Bremer Post 15 Cents, nach Schleswig-Holstein und Dänemark 18 Cents, nach Schweden 21 Cents und nach Norwegen 25 Cents, nach Holland 18 Cents, nach Rußland 20 Cents, nach Belgien 18 Cents, nach der Schweiz 19 Cents, nach Italien 24 Cents, nach der Türkei 32 Cents, nach Griechenland 35 Cents, nach Gibraltar, Spanien und Portugal 25 Cents, nach Australien, Indien und China über Marseille 37 Cents, über Triest 55 Cents. Die Briefe können frankirt und unfrankirt gesandt werden, mit Ausnahme derer nach Australien, Indien und China, bei denen die Frankirung mittelst Postmarken erforderlich ist.

Die Portosätze für Briefbeförderung aus den genannten Ländern nach hier, sind dieselben, mit folgende Ausnahmen:

Von Lauenburg mit der Hamburger Post 20 cents; von Schleswig-Holstein und Lauenburg mit Hamburger oder Bremer Post, 20 cents; von Schweden 25 cents, von Norwegen 28 cents von Rußland 25 cents; von Italien 27 cents; von Gibraltar, Spanien und Portugal 30 cents; von Australien Indien und China, über Triest, 30 cents.

Personalien.

Admiral Tegethoff in Washington. Washington, 1. Febr. Admiral Tegethoff von der österreichischen Marine ist hier und wird alle andern größeren Städte besuchen um sich mit den Vorzügen der amerikanischen Marine bekannt zu machen. — Gov. Orr ist ebenfalls hier. — Gen. Sheridan wird von New Orleans erwartet.

Ableben von H. S. Magraw.

Washington, 1. Februar. Hon. H. S. Magraw, ein Mitglied der Gesetzgebung von Maryland, ist heute hier gestorben. Er hatte am Dienstag Abend einen Schlagenfalle. Der Verstorbene war seiner Zeit Schatzmeister des Staates Pennsylvanien.

Municipalwahl in Wheeling.

Wheeling, Va., 29. Jan. Die Demokraten erwählten gestern ihre sämmtlichen Candidaten für Stadtämter — mit Ausnahme des Schatzmeisters.

Von Frankfort in Kentucky.

Frankfort, 30. Jan. Das combinirte Votum der Demokraten und Conservativen hat den Garrett Davis zum Bundes-Senator erwählt. Er erhielt 78 gegen 41 Stimmen, die für Burton abgegeben wurden.

Unfall zur See.

Halifax, 28. Jan. Das Schiff „Laura," welches mit Emigranten von Havre nach New York abging, wurde am 22. Dezember unter 63 Grad 50' Länge und 40 Grad 40' Breite gesehen; es war ohne Fockmast, ohne Mittelmast, ohne Bugsprit und ohne Besar obermast; der Capitän des Fahrzeuges lehnte indessen den ihm angebotenen Beistand ab.

Verurtheilte Räuber.

Wilkesbarre, Pa., 2. Febr. Jene sechs Kerle, welche zwischen Kingston und Wilkesbarre am 9. Januar dieses Jahres den Hove Expreß-Waggon angepackt und um die Summe von $16,000 beraubt haben, sind heute jeder zu fünfjähriger Zuchthausstrafe verurtheilt worden.

Von Savannah.

Savannah, 30. Jan. Es sind neue Unruhen an Cheves Plantage in Süd-Carolina ausgebrochen Die Neger wollen den Platz nicht verlassen, weigern sich aber, Arbeits-Contrakte für das Jahr einzugehen. Heute früh kam es zu einem ernstlichen Zusammentreffen, in welchem Lieutenant Lemon, ein Offizier des Freedmans-Bureaus einen Schuß in den Arm empfing. Er erwiderte das Feuer und tödtete den Neger, der auf ihn geschossen hatte. Es heißt, daß die Neger den Capitain Brandt als ihren Gefangenen in Haft halten. Col. Sibley hat sich mit 70 Mann nach dem Schauplatz der Unruhen in Bewegung gesetzt. Es gehen Gerüchte über ein vorgefallenes Gefecht. Man hat einen Arzt des 16. Infanterie-Regiments hinübergeschickt, und man wartet hier auf die Ankunft des Boots mit gespannter Erwartung.

Zweite Depesche.

Savannah, 30. Jan. Oberst Sibley ist zurückgekehrt und berichtet, daß jetzt alles ruhig sei, jedoch hielt man es für nothwendig, ein starke Wache zurückgelassen, welche die Ruhe erhalten soll. Man legte alle Unruhen dem Nger-Advokaten Aaron Bradley zur Last. Derselbe sagt, er wünsche ein rechtes Blutvergießen zu sehen; er verspreche den Negern, daß wenn sie jetzt den Regierungstruppen mit der Spitze des Bayonetts Widerstand leisten, das Land ihnen gehören soll. Man schreibt dem Bradly auch das Verbrennen des Dampfers General Sheyley zu. Im hiesigen Distrikt herrscht überdaupt unter den Negern der Geist der Insubordination.

Eine halbe Million Menschen im brittischen Indien verhungert.

Ein Commissär der englischen Regierung berichtet, daß in Orissa, im brittischen Indien, eine halbe Million Menschen Hungerstodt gestorben sind. Orissa hatte fünf Mill. Einwohner vor der Hungersnoth, diese Zahl ist jetzt bedeutend reducirt. In Midnapore war die Sterblichkeit nicht viel geringer. In Gangam und Chota Nagsoore war die Sterblichkeit etwas geringer. Die Hospitäler von Calcutta sind noch jetzt voll und sterben noch täglich durchschnittlich 100 Personen. Der Bericht veranschlägt die Zahl der in Indien vor Hunger Gestorben auf mindestens eine halbe Million.

Tod des Vaters von General Hancock.

Morristown, Pa., 1. Febr. W. F. Hancock, der Vater des Generals Hancock, ist heute Morgen gestorben. Der Verstorbene war Bundessteuer-Collektor für den 6. Distrikt; er erreichte ein Alter von 67 Jahren.

Gen. Hancock ist aus dem westlichen Departement, wo er den Oberbefehl führt, hier eingetroffen.

Die verurtheilten Fenier.

Toronto, 1. Febr. Die Gesammtzahl der Fenier, welche seit Juni hier von Gericht standen, beträgt 107.

Ueberführt wurden 22